



Presseinformation

München, den 14. November 2017

Bürokratie wirkt hemmend auf Investitionsbereitschaft

Mit einem Abbau von Bürokratie würde die Bundesregierung die Investitionsbereitschaft von Familienunternehmen hierzulande deutlich erhöhen. Das ist eines der Ergebnisse des „Jahresmonitors der Stiftung Familienunternehmen“, der Teil des umfangreichsten Datenbankprojekts zu Familienunternehmen im deutschsprachigen Raum ist. Der Jahresmonitor wurde im Auftrag der Stiftung vom ifo Institut erstellt.

„Der Jahresmonitor der Stiftung Familienunternehmen zeigt der künftigen Bundesregierung, dass die Rahmenbedingungen für Unternehmen in Deutschland weiter verbessert werden müssen, will man Investitionsmittel im Inland halten“, sagt Prof. Rainer Kirchdörfer, Vorstand der Stiftung Familienunternehmen.

In den vergangenen Jahren hätten die politischen Signale kaum Anreize für Inlandsinvestitionen gesetzt. Die Gesetzgebung des Arbeitsministeriums habe für steigende Bürokratiekosten gesorgt. Familienunternehmen gerade in ländlichen Regionen täten sich schwerer, Expansionsflächen zu bekommen. Darüber hinaus wirke die europäische Gesetzgebung für die Landschaft der Familienunternehmen eher belastend.

„Die derzeit gute Wirtschaftslage birgt die Gefahr, dass die Politik sich zu wenig um angemessene Rahmenbedingungen für Investitionen und die Schaffung von Arbeitsplätzen in Deutschland kümmert“, sagt Prof. Clemens Fuest, Präsident des ifo Instituts.

Familienunternehmen stehen der Erhebung zufolge zum Standort Deutschland. 51,3 Prozent der befragten Familienunternehmen planen Investitionen auf stabilem Niveau. Allerdings kündigten nur 36,3 Prozent an, in den kommenden Jahren ihren Investitionsanteil in Deutschland erhöhen zu wollen. In den vergangenen fünf Jahren hatten noch 51,2 Prozent den Anteil der heimischen Investitionen gesteigert.

Die Befragung legt nahe, dass Kapazitätserweiterungen zunehmend im Ausland stattfinden, während in Deutschland stark in den Ersatz investiert wird. Eine Verlagerung von Arbeitsplätzen geht damit für die überwiegende Mehrheit der befragten Unternehmen (95,8 Prozent) allerdings nicht einher.

Negativ auf die Investitionen in Deutschland haben sich den Familienunternehmen zufolge die Lohnkosten (35,3 Prozent) sowie die wirtschaftspolitischen und steuerlichen Rahmenbedingungen (29,6 Prozent und 26,8 Prozent) ausgewirkt. Auf die Frage, was die Bundesregierung zur Investitionssteigerung tun müsse, rangiert der Bürokratieabbau bei 65,1 Prozent der befragten Familienunternehmen und Nicht-Familienunternehmen auf den ersten drei Plätzen einer Prioritätenliste.

Der „Jahresmonitor der Stiftung Familienunternehmen“ wird künftig als größte Befragung von Familienunternehmen im deutschsprachigen Raum mindestens im Jahresrhythmus erhoben werden. An der vorliegenden Umfrage beteiligten sich mehr als 1.500 Familienunternehmen und Nicht-Familienunternehmen verschiedenster Branchen und Größenordnungen. Ein dauerhaftes Panel wird künftig mindestens 600 Unternehmen umfassen.



Mehr als 90 Prozent aller Unternehmen in Deutschland sind Familienunternehmen. Die gemeinnützige Stiftung Familienunternehmen setzt sich für den Erhalt dieser Familienunternehmenslandschaft ein. Sie ist der bedeutendste Förderer wissenschaftlicher Forschung auf diesem Feld und Ansprechpartner für Politik und Medien in wirtschaftspolitischen, rechtlichen und steuerlichen Fragestellungen.

Weitere Informationen:

Andre Tauber
Leiter Kommunikation

Stiftung Familienunternehmen
Prinzregentenstraße 50
D-80538 München

Tel.: +49 (0) 89 / 12 76 400 06
Fax: +49 (0) 89 / 12 76 400 09
Mobil: +49 (0) 172 / 631 90 09

tauber@familienunternehmen.de
www.familienunternehmen.de

 [@StiftungFamUnt](https://twitter.com/StiftungFamUnt)